

Nachrichten

Eigenmietwert wird nicht angetastet

Basel. René Brigger (SP) scheiterte mit einer Motion zum Thema Eigenmietwert. Die Neufestsetzung des Eigenmietwerts komme den Eigentümern mit selbst bewohntem Eigentum entgegen; das solle genügen. Brigger wollte nun erreichen, dass die bundesrechtlich nötige Korrektur der Eigenmietwertbesteuerung von der Ertragsseite her allen zugutekommt. Dazu schlug er vor, die Sozialabzüge zu erhöhen. Der Vorstoss wurde jedoch mit 47:28 Stimmen bei sieben Enthaltungen abgelehnt.

In der Kernzone überall gleiche Lärmstufen

Basel. Der Lärmempfindlichkeitsstufenplan (LESP) soll angepasst werden, forderte Stephan Mumenthaler (FDP) in einer Motion. Und zwar so, dass innerhalb des Perimeters Innenstadt (Gross- und Kleinbasel) einheitliche Werte gelten. Der Vorstoss wurde mit 66:15 an den Regierungsrat überwiesen.

Den über 50-jährigen Arbeitslosen helfen

Basel. Erfolg hatte Michel Rusterholtz (BDP) mit seinem Anzug, mit dem er Einarbeitungszuschüsse für qualifizierte, über 50-jährige Sozialhilfebezügler forderte. Immer mehr qualifizierte Langzeitarbeitslose im Alter von 50 und mehr Jahren fänden nach dem Arbeitsplatzverlust keine Anschlusslösung mehr. Einerseits belaste dies den Staat über die Sozialhilfekosten, andererseits finde die Wirtschaft so die benötigten Fachkräfte nicht. Der Vorstoss wurde mit 74:10 Stimmen überwiesen.

Eine Lanze für das Basel Tattoo – vergeblich

Basel. Gescheitert ist Michel Rusterholtz (BDP) mit der Forderung, das Basel Tattoo solle eine mehrjährige Bewilligung einholen können. Der Anzug wurde mit 45:34 abgelehnt (vier Enthaltungen). Das Basel Tattoo hat jetzt schon die Möglichkeit, mehrjährige Bewilligungen zu beantragen, nutzt diese aber nicht.

Kein Interesse an einer Expo Nordwestschweiz

Basel. Abgeblitzt ist Remo Gallacchi (CVP), der eine Expo in der Nordwestschweiz forderte. Das sei nicht nachhaltig, wandte Andreas Ungricht (SVP) ein. André Auderset (LDP) sprach von einer Schnapsidee. Der Anzug fiel mit 46:38 Stimmen durch (drei Enthaltungen).

Eine gute Gelegenheit für verdichtetes Bauen

Im Gebiet Nonnenweg/Missionsstrasse wird aufgezo-

Von Markus Vogt

Basel. Die Zonenvorschriften für das Geviert Nonnenweg, Pilgerstrasse, Missionsstrasse, Hegenheimerstrasse, Spalenring werden neu formuliert – in diesem Gebiet wird aufgezo-

ndert. Das Gebiet wird aufgezo-

ndert. Das Gebiet wird aufgezo-

Klares Ja zum Felix-Platter-Wohnbau

Parlament stellt sich hinter Baugenossenschafts-Projekt mit mindestens 500 Einheiten

Von Franziska Laur

Basel. René Brigger, SP-Grossrat, hatte gestern allen Grund zum Jubeln: «Das ist seit Jahrzehnten das erste genossenschaftliche Grossprojekt, das realisiert werden kann», sagte er. Als Bauanwalt hatte er die Baugenossenschaft «Wohnen Und Mehr» aus der Taufe gehoben, gestern erreichte sie einen wichtigen Meilenstein. Praktisch einstimmig sprach sich das Parlament für die Neuentwicklung des Felix-Platter-Areals aus. Damit können auf dem 53000 Quadratmeter grossen Gelände 500 bis 600 Wohnungen erstellt werden. «Wohnen & mehr», zu der aktuell 25 Genossenschaften zählen, ist Arealentwicklerin und Bauträgerin. Allerdings kann frühestens im Jahr 2019 neu gebaut werden, da das Spital erst im Jahr 2018 vom heutigen Standort in den Neubau umziehen kann.

Das Konzept sieht vor, dass der Hauptbau aus den 1960er-Jahren bestehen bleibt. Die Nebengebäude hingegen werden abgerissen und durch Neubauten ersetzt. «Ein idealer Kompromiss. Der Heimatschutz wollte alle Gebäude schützen; wir waren für Abreissen», sagt Brigger. Seit dieser Einigung ging es flüssig vorwärts. Als Eckpunkte des zweistufigen Bebauungsplans sind acht Vollgeschosse vorgesehen. Der Mindestwohnanteil soll 80 Prozent betragen. Ausserdem soll das neue Quartier verkehrsfarm sein; pro Wohnung werden lediglich 0,4 Parkplätze zur Verfügung stehen.

Parkplatzproblem im Grenzraum

Diese Parkplatzknappheit führte im Grossen Rat denn auch zu kritischen Voten. Andrea Knellwolf (CVP, EVP) sagte, dass sich ihre Partei zwar über diese Quartierentwicklung nahe der französischen Grenze freue. Als problematisch erachte man jedoch den Entscheid der Baugenossenschaft, lediglich knapp die Hälfte der möglichen Parkplätze auszuschöpfen. «Das bedeutet auch für das Quartier wenig Parkplätze», sagte sie. Schon jetzt sei durch die vielen Grenzgänger der Parkplatzbedarf grösser als das Angebot.

Baudirektor Hans-Peter Wessels konterte, er sei froh über die liberale Basler Regelung, mit der Bauherrschaften nicht gezwungen würden, Parkplätze zu erstellen, die eventuell gar nicht gebraucht würden. «Wir trauen der Genossenschaft zu, die Bedürfnisse der Mieter selber einschätzen zu können.»

Knifflig könnte auch werden, dass im Quartier keine neue Schule vorgese-



Zeugnis der Nachkriegsarchitektur. Gemäss Studie soll der Umbau nicht teurer als ein Neubau werden. Foto Kostas Maros

hen ist. In erster Linie sollen die Kapazitäten der bestehenden Schulen ausgeschöpft werden. Es werde sich erst später zeigen, ob die Anzahl Kinder nach-

Grosser Rat
Berichterstattung aus dem Rathaus

haltig steigen oder ob der Bedarf in einigen Jahren bereits wieder zurückgehen werde, argumentierte Baukommissionspräsident Conradin Cramer.

Gemeinsam statt einsam

Wessels sprach von einem Leuchtturm-Projekt für den genossenschaftlichen Wohnungsbau. Es sei ein Modell, das der Stadt gut anstehen werde. Die

Initianten haben Zürcher Projekte wie etwa die Kalkbreite vor Augen. Dort wurde mitten in der Stadt ein geselliges Miteinander-Wohnen realisiert. Gebaut wurden Cluster-Siedlungen, wo beim privaten Wohnraum gespart werden kann, da grosszügige Gemeinschaftsräume vorhanden sind, die je nach Bedarf genutzt werden können. Mit solchen neuen Wohnformen wird einerseits Raum gespart und der Vereinsamung etwas entgegengesetzt.

Die SP befürwortete das Projekt und lobte es als Quantensprung im gemeinnützigen Wohnungsbau. Erfreulich sei auch, dass der Felix-Platter-Bau als Symbol der Nachkriegsarchitektur erhalten werden könne. Auch die CVP/EVP-Fraktion befand, die Umnutzung sei ein ausgesproche-

ner Glücksfall. So bleibe unter anderem ein langer Rechtsstreit erspart.

Gar die SVP mit Roland Lindner als Sprecher konnte dem Projekt Positives abgewinnen. Er lobte den Kompromiss mit dem Heimatschutz, sah jedoch in der Durchmischung der Bewohner-schaft ein Problem. «Die obersten Wohnungen mit der fantastischen Aussicht werden teurer, die unteren für Geringverdiener. Ob das gut geht, weiss ich nicht», sagte er. Trotzdem unterstütze seine Partei den Bebauungsplan.

Die Begeisterung für das Projekt ist nicht zuletzt Andreas Courvoisier zu verdanken, der es als Hauptinitiator des Projekts verstand, Parteien verschiedenster Couleur an Bord zu holen. Mit 84 zu einer Stimme bei einer Enthaltung wurde das Projekt angenommen.

Gründliche Auffrischung für Spiegelhof

Mit 50 Millionen Franken wird die Polizeizentrale saniert und erdbebensicher

Von Markus Vogt

Basel. Grundsätzliche Einwände gab es nicht; die Polizeizentrale muss aufgefrischt werden, im Interesse der Sicherheit. Deshalb wurden die dafür beantragten 49,615 Millionen Franken vom Grossen Rat nach einer halbstündigen Diskussion mit 82 gegen zwei Stimmen bei vier Enthaltungen auch bewilligt. Das, nachdem die zuständige Bau- und Raumplanungskommission das Projekt schon einstimmig gutgeheissen hatte.

Im Spiegelhof, dem Sitz des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) sowie der Kantonspolizei, soll mit dieser Generalüberholung auch gleich eine neue Einsatzzentrale für die Polizei eingebaut werden. Für diese wird im Innenhof des heutigen Spiegelhofs ein neues Gebäude erstellt. Von den fast 50 Millionen Franken entfallen etwas mehr als 37 Millionen auf bauliche Massnahmen, eben die Sanierung sowie den Neubau. Rund 6,7 Millionen kosten die Betriebseinrichtungen sowie die Neumöblierung im Haus, gut 2,1 Millionen sind für energetische Massnahmen im Gebäude vorgesehen.

Weitere 2,75 Millionen Franken sind eingeplant für die Archäologische Bodenforschung, weil man im Untergrund mit Sicherheit auf historische Funde stossen wird. Um im Neubau die benötigten Raumhöhen zu erhalten,

muss das Niveau der bestehenden Autoeinstellhalle im Innern des Spiegelhofs abgesenkt werden. In diesem Bereich machte man schon in den Jahren 1937 bis 1939, als der Spiegelhof erbaut wurde, archäologische Funde. Damalige und auch neuere Bodensondierungen ergaben, dass in diesem Bereich wahrscheinlich aufwendige und zeitintensive Rettungsgrabungen vorzunehmen sind. Diese Ausgrabungen dürften rund ein Jahr dauern, schätzen die Projektverantwortlichen. Man erwarte sehr interessante Funde, ergänzte dazu gestern Baudirektor Hans-Peter Wessels.

Nur noch zwei Einsatzzentralen

Mit dem Umbau und der Sanierung einher geht auch eine Arbeitsplatzverdichtung: Die einzelnen Arbeitsplätze schrumpfen im Schnitt von 17 auf 15 Quadratmeter. Mehr zu verdichten sei kaum möglich wegen der Beschaffenheit des Gebäudes, erklärte Kommissionspräsident Conradin Cramer (LDP), als er das Projekt im Grossen Rat erläuterte. Denn man müsste die Korridore, die heute seitlich verlaufen, in die Mitte verlegen, was zu aufwendig wäre.

Grossgeschrieben ist indessen die Erdbebensicherheit, die nicht nur im bestehenden Haus à jour gebracht, sondern auch in dem für die Einsatzzentrale vorgesehenen Neubau «eingebaut» werden soll.

Mit dem Spiegelhofprojekt wird auch gleich eine neue Einsatzzentralen-Strategie in die Wege geleitet. Künftig soll es im Kanton nicht mehr fünf Einsatzzentralen geben wie heute, sondern nur noch deren zwei: die eine im Spiegelhof für die Kantonspolizei, die andere im Lützelhof an der Kornhausgasse, dem Sitz der Berufsfeuerwehr, für die Feuerwehr und die Rettung (Sanität). Die beiden Einsatzzentralen sollen identisch gebaut und eingerichtet sein, damit sie redundant wirken können. Das heisst: Wenn einmal eine Zentrale ausfallen sollte, könnte die andere deren Funktionen sofort übernehmen. Einen Ratschlag für den entsprechenden Umbau der Einsatzzentrale im Lützelhof kündigte Regierungsrat Wessels für nächstes Jahr an; ab 2019 können beide neuen Einsatzzentralen miteinander in Betrieb gehen.

Zustimmung kam von allen Seiten. Verschiedentlich wurde gefragt, warum die beiden Einsatzzentralen räumlich so nahe beieinanderliegen sollen. Tim Cuénod (SP) erklärte, das Luxus-Projekt habe schon fast dazu verlockt, Nein zu sagen, auch angesichts des bürgerlichen Neins zum AUE-Neubau und zur Kaserne. Mark Eichner (FDP) konterte, es gehe nicht um Luxus, sondern um die Notwendigkeit. Und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr sprach von einem Meilenstein für die Sicherheitsbehörden.